

# POLITIKEN DES (POST)WACHSTUM

Die Wachstumsdebatte kehrt in Wellen zurück, die seit etwa 30 Jahren sich auch als solche wieder verlaufen. Sie bleiben seltsam wirkungslos. Ihr kapitalismuskritischer Gehalt nimmt ab. Nicht zuletzt im rot-rot-grünen Spektrum einer Mosaiklinken, die die sozial-ökologische Transformation maßgeblich befördern müsste. **Tom Strohschneider** und **Michael Jäger** widmen sich daher der Kritik der Wachstumskritik von SPD, Grünen und Linken. Vorstellungen eines ökologischen Umbaus oder auch eines Green New Deal setzen dabei in vielen Fällen auch immer stärker auf technokratische, von «oben» konzipierte Modernisierung. **Claudia von Braunmühl** warnt, wenn der Um- und Rückbau der Wachstumsdynamik nicht als aufgezwungene Verzichtleistung durchgesetzt werden soll, ist eine Demokratisierung der Demokratie Voraussetzung einer solchen Transformation. **Lutz Brangsch** zeigt an den Erfahrungen im Staatssozialismus, wie die durchaus vorhandene Entwicklung und Planung qualitativer Wachstumsziele scheiterte, weil sie eben jener demokratischen Voraussetzungen entbehrte. [Mario Candeias]

## TOM STROHSCHNEIDER KRITIK ROT-ROT-GRÜNER WACHSTUMSDEBATTEN

Politik im rot-rot-grünen Lager wird sich heute immer sozial-ökologische Politik nennen. Ob sie das wirklich ist, steht auf einem anderen Blatt. Die Wachstumsdebatte ist dafür ein Beispiel. Sie spannt sich so weit auf, dass einzelne Beiträge nicht mehr nur Spielarten markieren. Das Reden über Nachhaltigkeit, wirtschaftlichen Umbau und ökologische Investitionen geht von sich widersprechenden strategischen und theoretischen Voraussetzungen aus.

Auf einer groben Übersichtskarte der Wachstumsdebatte in der SPD, bei den Grünen und in der Linken würde man mehrere sich überlagernde Liniensystem erkennen: Eines beschreibt die Grenzen zwischen den Parteien, die mit der Konkurrenz im parlamentarischen System erklärt werden können und weniger mit inhaltlichen Differenzen. Die Linien auf der zweiten Folie zerlegen das Debattenfeld quer zu den Parteigrenzen in viel kleinere Bereiche, die sich in ihren theoretischen, strategischen und bündnispolitischen Schattierungen unterscheiden. Hier wären die Übergänge fließender und es gäbe größere weiße Flecken vor allem dort, wo die praktischen Konsequenzen aus der jeweiligen Wachstumskritik zu suchen wären: Wie lässt sich unter den gegebenen Verhältnissen umsteuern? Mit welchen Instrumenten?

Eine dritte Dimension müsste den zeitlichen Gang der Debatte beschreiben. Über die Grenzen des Wachstums wird im rot-

rot-grünen Lager schließlich nicht erst seit der Krise der Jahre 2008ff. nachgedacht. Die Grünen sind als Partei Ausdruck einer frühen Suche nach sozial-ökologischen Alternativen, die Sozialdemokraten haben in den achtziger Jahren in Reaktion auf diese Gründung «von ihrem Fleische» mit einem Programm reagiert, das auf die ökologische Modernisierung der Wirtschaft zielte.<sup>1</sup> Anfang der neunziger Jahre kam am linken Rand der Grünen die Forderung nach einem ökologischen New Deal auf,<sup>2</sup> worauf sich später unter anderem die Crossover-Debatten zwischen SPD, Grünen und der PDS bezogen.<sup>3</sup> Auch letztere war bemüht, aus der Erfahrung der ökologischen Katastrophe eines Wachstums-Sozialismus klüger zu werden. Die derzeit gültigen Positionen von LINKE, SPD und Grüne, allesamt vor 2008 verfasst, spiegeln dabei noch nicht die Zäsur einer Dreifach-Krise<sup>4</sup> wider, welche zumindest vorübergehend die Räume einer systemkritischen Diskussion weit in das sonst dafür eher unverdächtige Spektrum erweitert hat.

1 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen am 20. Dezember 1989 in Berlin (gültig bis 2007). Vgl.: Oskar Lafontaine: Der andere Fortschritt. Verantwortung statt Verweigerung, München 1986. 2 Willi Brüggemann u. Klaus Dräger: Die Zukunft der Grünen, in: Utopie kreativ, 12 (1991). 3 Crossover (Hg.): Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster 1997. 4 Vgl. Elmar Altwater: Der große Krach – oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur, Münster 2010.

Im Berliner Programm der SPD von 1989 tauchte der Begriff Wachstum nur zwei Mal auf. Nicht alles, was damit bezeichnet werde, sei auch Fortschritt, hieß es da. «Wachsen muss, was natürliche Lebensgrundlagen sichert, Lebens- und Arbeitsqualität verbessert, Abhängigkeit mindert und Selbstbestimmung fördert, Leben und Gesundheit schützt, Frieden sichert, Lebens- und Zukunftschancen für alle erhöht, Kreativität und Eigeninitiative unterstützt. Schrumpfen oder verschwinden muss, was die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet, Lebensqualität mindert und Zukunftschancen verbaut.» Im 2007 verfassten Hamburger Programm ist weit öfter von Wachstum die Rede, «qualitativ» soll es nunmehr sein und «mit reduziertem Ressourcenverbrauch» einhergehen. Die Voraussetzungen dafür, hohe Produktivität und Wertschöpfung, seien zudem in der Lage, Armut, Ausbeutung und Verschwendung «ein Ende zu machen».<sup>5</sup>

Was das zu bedeuten hat, ist in der sozialdemokratischen Diskussion umstritten. Der Seeheimer Kreis etwa versuchte 2008, «die Frage nach mehr qualitativem Wachstum» auf seine Weise zu beantworten.<sup>6</sup> Die Parole vom ökologischen Fortschritt geriet zur Floskel, mit der sich die Forderung nach sicherer Energieversorgung, die «nicht nur aus Green Tech» besteht, mit der nach guten Rahmenbedingungen für die deutsche Industrie, vor allem der energieintensiven Branchen, verband. Umwelttechnologie schrumpft in dieser Perspektive zur ergänzenden Wachstumschance für einen weiterhin exportorientierten, industriellen Wirtschaftsstandort. Über die soziale Dimension des gegenwärtigen Wachstumsmodells fand sich in dem Seeheimer-Papier wenig.

Die Diskussion, die in den vergangenen Monaten in der *spw*, der Zeitschrift der SPD-Linken, geführt wurde,<sup>7</sup> läuft hingegen auf eine Strategie der integrativen Differenzierung hinaus. Neben der Einbettung eines neuen Wachstumsmodells in ein Projekt des emanzipatorischen Sozialstaates und ökonomischer Demokratisierung geht es in diesem Strang der Debatte darum, welche Sektoren wachsen sollen und, eher vorsichtig, um die mittelfristige «Entwicklung kultureller Alternativen zum jetzigen konsumistischen Lebens- und Wirtschaftsstil».<sup>8</sup>

Auf dem Weg durch den Apparat in die realpolitische Wirklichkeit gerät manche Einsicht wieder aus dem Blick. Oder sie wird von anderen Interessen verdrängt. Eines der augenfälligsten Beispiele der letzten Zeit war die Abwrackprämie, die sich die bei Einführung 2009 noch mitregierenden Sozialdemokraten gern auf die Fahnen geschrieben haben. Als Ausdruck eines maßgeblich von der SPD mitgestalteten Krisen-Korporatismus, der auf bestimmte Klassenfraktionen begrenzt war (Facharbeiterschaft, Automobilindustrie), verhinderte sie den Einbruch von Aufträgen und Produktion und stabilisierte das Verhältnis zu den Gewerkschaften im Sinne eines elektoralen Klientelismus. Zugleich blockierte sie den Einstieg in den Umbau der Autobranche. Dabei fielen SPD und Teile der Gewerkschaften hinter frühere Positionen für eine sozial-ökologische Konversion zurück.<sup>9</sup>

Mit dem Green New Deal haben die Grünen eine Idee im Angebot,<sup>10</sup> die verspricht, nicht nur eine, sondern «die Krisen zu bewältigen». Beschlossen auf dem Erfurter Parteitag im November 2008 nimmt das Konzept zwar nicht direkt auf die Wachstumsdebatte Bezug, die im Grundsatzprogramm der Grünen von 2002 eine wichtige Rolle spielt. Aber der Versuch, «die Bekämpfung der Finanzkrise mit entschiedenem

Klimaschutz und Maßnahmen zur Verringerung der globalen Armut» zusammenzubringen, also «tiefgreifende Strukturveränderungen in den nationalen Wirtschaften und der Weltwirtschaft mit entschiedenen Sofort-Maßnahmen zur ökologischen und sozialen Bewältigung der Krisen» zu verbinden, soll auch eine Antwort auf die Wachstumsfrage geben.

Der Green New Deal wurde von links «als das bessere kapitalistische Wachstumsprogramm» kritisiert,<sup>11</sup> als ein öko-keynesianisches Projekt der Mittelklassen und des «grünen Kapitals», das die Weltwirtschaft durch massive Investitionen in grüne Technologien und den Umbau der Infrastruktur «wieder in Gang zu bekommen» versucht. Das zielt zwar zu Recht auf Apologeten eines «grünen Kapitalismus», die, wie Ralf Fücks von der Heinrich-Böll-Stiftung, zu einer ökologischen Modernisierung des Systems «keine ernsthafte Alternative» sehen (wollen).<sup>12</sup> Linke Grüne haben den Green New Deal aber auch gegen verkürzte Kritik verteidigt.<sup>13</sup>

Das Problem ist dabei nicht zuletzt eines der Schlagworte: New Deals gibt es wie Sand am Meer, die Zusätze «green», «grün» oder «sozialökologisch» verorten die dahinter stehenden Konzepte nur unzureichend. Zwischen Fücks' «grünem Wirtschaftswunder»<sup>14</sup> und dem parteioffiziellen Green New Deal der Grünen ist die Entfernung größer als zwischen der Parteibeschlusslage der SPD und dem «grünen New Deal» des SPD-Politikers Michael Müller.<sup>15</sup>

Darüber, ob der Green New Deal tatsächlich zu einem Programm des Einstiegs in eine gesellschaftliche Transformation werden kann ist Frage des geduldigen Papiers, sondern der konkreten politischen Auseinandersetzungen. Von deren Ausgang, nicht nur innerhalb der Grünen, hängt es ab, ob das Konzept, wie Frieder Otto Wolf meint, in einem linken Sinne «instandgesetzt» werden kann.<sup>16</sup>

Die Partei DIE LINKE diskutiert derzeit nicht nur über ein neues Grundsatzprogramm, sondern auch über die Frage des Wachstums. Einerseits wird im Programmentwurf festgestellt, dass «eine ökologisch nachhaltige Entwicklung» mit der «kapitalistischen Wachstumslogik» unvereinbar sei. Andererseits wird argumentiert, ein Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik solle durch «ein sozial und ökologisch gesteuertes, selektives Wachstum» erfolgen. Kritiker sehen hierin nicht ohne Berechtigung einen Widerspruch.<sup>17</sup> Schon im Zuge der Fusion mit der Wahlalternative hatte die Ökologische Plattform der PDS Wirtschaftswachstum in den Industrieländern «als destruktiv abgelehnt».<sup>18</sup> Weder könne

<sup>5</sup> Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen am 28. Oktober 2007 in Hamburg. <sup>6</sup> Die Seeheimer in der SPD und Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung: Soziale Gerechtigkeit durch wirtschaftliche Vernunft – Rahmenbedingungen für qualitatives Wachstum, o.O. April 2008. <sup>7</sup> Vgl. auch: Zeit für einen neuen New Deal!, Themenschwerpunkt, in: *spw* 169, (1) 2009, 10ff. <sup>8</sup> Simon Sturn u. Till van Treck: Wachstumswachstum durch Ungleichheit und Ungleichheit als Wachstumsbremse?, in: *spw* 177, 2 (2010), 15ff. <sup>9</sup> Auto, Umwelt, Verkehr: Umsteuern, bevor es zu spät ist. Verkehrspolitische Konferenz der IG Metall und des Deutschen Naturschutzbundes, Frankfurt am Main 1992. <sup>10</sup> Die Krisen bewältigen – für einen grünen New Deal! Beschluss der 28. Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen, Erfurt, 2008. <sup>11</sup> Stephan Kaufmann u. Tazio Müller: Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums, Reihe einundzwanzig der RLS, Berlin 2009. <sup>12</sup> Ralf Fücks und Kristina Steenbock: Die große Transformation. Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen?, in: Boell\_Thema 1 (2007), 4ff. <sup>13</sup> Etwa Gerhard Schick: Ignorierte Säulen. Der Grüne New Deal ist die richtige, mehrheitsfähige Antwort auf die globale Dreifach-Krise, auf: [freitag.de](http://freitag.de) vom 25. April 2010, [www.freitag.de/positionen/1016-ignorierte-saeulen](http://www.freitag.de/positionen/1016-ignorierte-saeulen). <sup>14</sup> Ralf Fücks: Vorwort, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Auf dem Weg zu einem Green New Deal Die Klima- und die Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderungen, Berlin 2009. <sup>15</sup> Michael Müller u. Kai Niebert: Epochenwechsel. Plädoyer für einen grünen New Deal, München 2009. <sup>16</sup> Frieder Otto Wolf: Den Green New Deal nicht ablehnen, sondern instandbesetzen! Für eine Sozial-Ökologische Transformation, in: *LuXemburg* 1 (2009). <sup>17</sup> Götz Brandt: Information zum Stand der Programmdebatte, Sprecherrat der Ökologischen Plattform, [www.oekologische-plattform.de/texte/programmdebatte\\_stand2010.htm](http://www.oekologische-plattform.de/texte/programmdebatte_stand2010.htm). <sup>18</sup> Götz Brandt: Nachhaltiges Wirtschaftswachstum? Beiträge zur Umweltpolitik 1 (Mai 2007) Berlin.

man eine ausreichende Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch erwarten, noch sei sicher, dass Wachstum nachhaltige Beschäftigung schaffe. Außerdem lasse der Entwurf theoretische Einsichten außen vor, nach der dem Kapitalismus eine immanente Grenze innewohne – entwickelte kapitalistische Volkswirtschaften also irgendwann nicht mehr wachsen können.<sup>19</sup>

Auf der anderen Seite der LINKEN steht das gewerkschaftliche Lager der Partei, für das «ein qualitatives oder auch selektives, sozial-ökologisch gesteuertes Wachstum» des Bruttoinlandsprodukts für die «einzige in der Sache und politisch in alle Richtungen durchhaltbare Position» ist, wie es der verdi-Wirtschaftsfachmann Ralf Krämer formuliert.<sup>20</sup> Statt «in Anti-Wachstums-Fetischismus zu verfallen», solle sich die Partei lieber «gegen eine spezifisch kapitalistisch bestimmte Wachstums- und Arbeitsmarktentwicklung» wenden, «die sozial und ökologisch schädlich ist». Ob es ein Wachstum geben kann, das keine Negativfolgen hat, weiß auch Krämer nicht: Ein «radikaler sozial-ökologischer Umbau der Produktion und Lebensweise hat bisher noch nicht stattgefunden. Wir wissen nicht, in welchem Maße die Entkoppelung von Bruttoinlandsprodukt und Naturbeanspruchung dabei möglich sein wird.» Entscheidend für diese Position ist der Fokus auf die «sozial- und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen der Linken». Ein «hinreichendes Angebot guter Arbeitsplätze» ist in dieser Perspektive «der notwendige Kern einer ökonomisch

und gesellschaftlich tragfähigen Alternative», in ihr würden «die unmittelbaren Interessen der großen Mehrheit der Lohnabhängigen» aufgehoben sein. Die ökologische Frage wird demgegenüber zu einer nachgelagerten.

Von der rot-rot-grünen Wachstums-Debatte bleibt der Eindruck zurück, sie stecke in einem Dilemma: So strategisch wichtig das Bündnis mit den Gewerkschaften, Beschäftigten und Konsumentinnen und Konsumenten ist, so wenig wird man ihnen verschweigen können, dass die notwendigen Veränderungen gravierende Auswirkungen auf die Lebensnormative haben werden. So zentral die Rolle des Wachstums bisher bei der Zähmung systembedingter Ungleichheit durch sozialdemokratische Umverteilungspolitik war, so wenig lässt sich diese in der sich zuspitzenden Dreifachkrise unendlich verlängern. So einleuchtend viele Szenarien vom Einstieg in den ökologischen Umbau sein mögen, so wenig sind ihre sozialen Folgen von der Hand zu weisen.

Elmar Altvater, der Mitglied der linken Programmkommission war, hat einmal von einer «Falle» gesprochen<sup>21</sup>: «Einerseits ist der Wachstumszwang im modernen Kapitalismus präsent. Andererseits wissen wir von den natürlichen Grenzen des Wachstums. Dieser «ehernen» Tatsache muss eine linke Partei Rechnung tragen und akzeptieren, dass Politik an den Grenzen des Umweltraums schwieriger zu gestalten ist als weit davon entfernt.» Die Grenzen aber rücken für SPD, Grüne und Linke immer näher.

## MICHAEL JÄGER QUALITATIVE ÖKONOMIE

Wachstumskritik gibt es in breitem Umfang seit 1972, als der Bericht «Die Grenzen des Wachstums» vom Club of Rome erschien. Danach wurden «Nullwachstum» und «negatives Wachstum» als Optionen diskutiert, die freilich nicht auf gesellschaftliche Akzeptanz zählen konnten. Sehr viel positiver wurde der Begriff des «qualitativen Wachstums» aufgenommen. Er findet sich schon im ersten Parteiprogramm der Grünen, das auch eine «dynamische» Kreislaufwirtschaft fordert. In dieser Partei setzten sich dann aber erst einmal Kräfte durch, die es für präzise hielten, SPD, FDP und CDU/CSU ganz einfach als «Wachstumsparteien» zu beschimpfen. Sie waren während der 1980er Jahre stark. Seit Beginn der 1990er verstummte diese Polemik. Der andere Begriff wurde wieder dominant, nun auch im breiten Parteibewusstsein. Es galt nun als irrational, Wachstum per se zurückzuweisen, statt zu wählen zwischen «gutem» und «schlechtem», erwünschtem und unerwünschtem Wachstum. Die Entwicklung von Techniken zur Schadstoff-Filterung bedeute Wachstum, wurde argumentiert. Es war nicht möglich, sich dem Argument zu verschließen. Das Problem war nur die Allparteienkoalition, die sich auf seiner Grundlage nach und nach bildete, ohne dass es der Ökologie genutzt hätte. Heute figuriert ein «qualitatives Wachstum [...], in dessen Folge neue Arbeitsplätze entstehen können», sogar in Leitanträgen von CDU-Parteitaggen als «oberstes Ziel».<sup>22</sup>

Ich will hier anhand dreier Dokumente erörtern, welche Vorstellungen die Parteien einer denkbaren rot-rot-grünen Koalition mit dem Begriff verbinden. Anschließend argumen-

tiere ich, dass sie alle am Kern des Wachstumsproblems vorbeizielten, der «Entwurf der Programmkommission» der Linken von 2010 nicht anders als der «Entwurf für ein SPD-Fortschrittsprogramm» 2011 und das Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen 2002. Dabei zeigt besonders das Fortschrittsprogramm der SPD, wie sich inzwischen das «qualitative Wachstum» von Wachstumskritik vollständig abgelöst hat. Dass Wachstum nicht nur überhaupt gefördert, sondern währenddessen seine Qualität beachtet und beeinflusst werden sollte, kann man heute in jedem Wirtschaftslexikon lesen. Mehr noch, es ist eine Einsicht, über die Politiker seit Jahrhunderten verfügen. Die SPD tut nichts weiter, als sie zeitgemäß vorzutragen: «Verzicht auf Wachstum ist keine Antwort», weil «zum Wohlstand immer auch Wachstum» gehöre. Es könne aber nachhaltiges oder «qualitatives Wachstum» geben, auch «Energiesicherheit» und «neue Beschäftigung», alles durch den Umbau der Industriegesellschaft. Der Weg sei die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch. Dass «destruktive Wachstumselemente» den Reichtum nicht vermehren, soll sich künftig in der Berechnung des Brutto-Inlandsprodukts niederschlagen (online-Version, 35ff).

<sup>19</sup> Vgl. Karl Georg Zinn: Sättigung oder zwei Grenzen des Wachstums, in: Le Monde diplomatique vom 10. Juli 2009. <sup>20</sup> Ralf Krämer: Wachstumskritik oder sozialistische Politik? Über Wachstum, Ökologie, Erwerbsarbeit, Sozialstaat und die Linke, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8 (2010) Hamburg. <sup>21</sup> Elmar Altvater: Kann die Linke Wachstum wollen? in: Neues Deutschland vom 14. Juni 2010. <sup>22</sup> Düsseldorf Parteitag Dezember 2004, vgl. [www.cdu.de/archiv/2370\\_4965.htm](http://www.cdu.de/archiv/2370_4965.htm).

Während diese Partei bis heute keine Wachstumskritik übt, sind die Grünen ihr treu geblieben; sie berufen sich noch immer auf den Bericht des Club of Rome. Wo die «Grenzen des Wachstums» liegen, wissen sie genau, da nämlich, wo die Belastbarkeit des «Umweltraum[s] der Erde» überschritten wird. Sei's durch Energiesicherheit, Beschäftigung oder was immer: Es gibt hier keine gute Überschreitung, auch wenn sie einer Forderung der SPD entspräche, sondern jede ist destruktiv. Bei der Nutzung des Umweltraums soll es den Grünen zufolge kein Ungleichgewicht zwischen Staaten des «Nordens» und des «Südens» geben dürfen. Sie sprechen wie die SPD dem «Wirtschaftswachstum alten Typs, das an einen wachsenden Naturverbrauch gekoppelt ist», die Zukunftstauglichkeit ab, wissen aber darüber hinaus, dass wir um die «Etablierung alternativer Konsummuster» nicht herum kommen.

Und wie soll es erreicht werden? Die Grünen denken besonders ausführlich darüber nach, mit dem aber, was herauskommt, landen sie in einer sehr große Koalition. Das Folgende könnte auch die CDU unterschreiben: «Wir setzen uns deshalb für verbindliche ökologische Ziele auf nationaler und internationaler Ebene ein [...]. Innerhalb dieses ökologischen Zielkorridors soll sich die wirtschaftliche Dynamik entfalten können.» Die Frage, was geschehen soll, wenn die «Dynamik» den «Korridor» wunschwidrig verlässt, werfen sie nicht auf, so wenig wie die Kanzlerin, die sich mit «Zielen» gern EU-weit als Ökologin inszeniert. Immerhin stellen die Grünen anders als Merkel einen Zusammenhang mit der Demokratiefrage her: «Wir wollen nicht, dass zentrale ökologische und ökonomische Fragen von marktbeherrschenden Global Players entschieden werden, statt durch die demokratische Teilhabe der Menschen.» Worunter sie freilich nur «erweiterte Informations- und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit bei umweltrelevanten Planungsverfahren» verstehen. Dass sie ansonsten nicht zuletzt auf «Vereinbarungen mit der Industrie» setzen, verträgt sich damit (online-Version, 24, 26f).

Nun erwartet man, dass die Linke, während sie ebenfalls Wachstumskritik übt, den Nutzen solcher «Vereinbarungen» anzweifelt. Sie ist tatsächlich die einzige Partei, für die Wachstumskritik noch Kapitalismuskritik bedeutet, nachdem die Grünen den Zusammenhang seit den 90er Jahren nicht mehr herstellen. Doch soweit der Programmentwurf 2010 für ihr Denken repräsentativ ist, kommt sie, wie mir scheint, mit beiden Begriffen nicht ins Reine. Zwar wird dem «sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums» der Rang einer «Leitidee» zugesprochen. Die Ausführung bleibt aber zu sehr an der Oberfläche. Nachhaltige Entwicklung heißt so viel wie qualitatives Wachstum: «Wir brauchen reguliertes, selektives Wachstum auf der Basis von erneuerbaren Energien.» Mit dem «Profitkalkül» kommt es wegen dessen Kurzfristigkeit in Konflikt: «Die heutige Renditefixierung, die ausschließlich den Eigentümern beziehungsweise Aktionären nützt, muss abgelöst werden durch ein Wirtschaften, das den Unternehmenserfolg am langfristigen Wachstum, an den Interessen der Beschäftigten sowie der ökologischen Nachhaltigkeit misst.»

Nach dieser Maßgabe soll auch privaten Unternehmern geholfen werden können, freilich «nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand oder Belegschaftsanteile» (online-Version, 6f, 50). Bloße Vereinbarungen

mit der Industrie, die auf so genannte Selbstverpflichtung hinauslaufen, wären nicht zielführend. Das weiß die Linke. Aber ihre Wachstumskritik fällt hinter diejenige der Grünen zurück. Sie kommt gar nicht auf die Idee, Wachstum als solches in Frage zu stellen. Der klare Begriff von Wachstumsgrenzen, über den die Grünen verfügen – Belastbarkeit eines «Umweltraums der Erde», die berechnet werden kann und auch wurde –, war den Verfassern des Programmentwurfs sicher bekannt. Eingbracht haben sie ihn nicht. Das ist des Aufhebens wert, weil die Linke das «Profitkalkül» kritisiert, womit sie doch an Marx anknüpft. Marx war «Wachstumskritiker». Man muss den Begriff zwar in Gänsefüße setzen, weil er an Marx' Niveau gemessen zu schwammig ist. Wer aber sieht, worauf die biologische Metapher «Wachstum» verweist, sollte auch sehen können, dass Marx nicht für «langfristiges statt kurzfristiges Wachstum» eintritt.

Die Kapitalwelt ist laut Marx durch die schlechte Unendlichkeit der Kapitalstrategie charakterisiert. Aber hier stoßen wir auf das grundsätzliche Problem, dass Marx' Beitrag gerade von Marxisten häufig verkannt, ja ins Gegenteil verkehrt wird. Typisch ist die Stellungnahme von Michael Hardt und Antonio Negri in ihrem einflussreichen Buch *Empire*. Das Kapital, lesen wir da, habe die ökonomische Dynamik gesteigert, doch sei es an Grenzen gestoßen, die nur der Kommunismus überschreiten könne. Er solle sie auch überschreiten, denn schließlich sei es das Ziel der Kommunisten, durch neue Produktionsverhältnisse die Fesseln der Produktivkräfte zu lösen.<sup>23</sup> Hardt und Negri fordern zwar kein stoffliches Wachstum der Produktion, sie sehen die ökologischen Probleme. Eine rein geistige Dynamik ist es aber auch nicht, was ihnen vorschwebt, haben sie doch schon den «anthropologischen Exodus» mit möglichem Umbau des Menschenkörpers ins Auge gefaßt.<sup>24</sup> Der ist aber so sehr Natur wie die von Überfischung bedrohten Meerestiere. Wenn man schon sowieso darüber nachdenkt, wie der umgebaut werden kann, sind ökologische Rettungsmaßnahmen gar nicht mehr zwingend. So geben Hardt und Negri den Ökologen eher Rätsel auf, als dass sie ihnen helfen. Hätten sie erkannt, dass Marx die Dynamik des Kapitals nicht steigern, sondern brechen will, wäre ihnen das nicht unterlaufen.

«Die Bewegung des Kapitals ist [...] maßlos», lesen wir in seinem Hauptwerk, *Das Kapital*, Erstes Buch; «nur soweit wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums das allein treibende Motiv seiner Operationen, fungiert» jemand «als Kapitalist». Als «unmittelbarer Zweck des Kapitalisten» ist demnach «nicht der einzelne Gewinn [zu behandeln], sondern nur die rastlose Bewegung des Gewinnens» (MEW 23, 167f). «Wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums», das ist Marx' «Wachstums»kritik und auch -diagnose. Die Diagnose sagt, dass das, was wir mit der Metapher Wachstum bezeichnen, nicht bloß eine unangenehme Seite der Kapitallogik ist, die man herausoperieren könnte, sondern diese selbst ausmacht.

Daher wächst das Kapital nicht nur, sondern wenn Marx recht hat, muss es wachsen. Aneignung des «abstrakten Reichtums», also des Geldes, allen denkbaren Geldes, ist seine Bestimmung und daher sein Zwang. So kann Marx in den

<sup>23</sup> Vgl. *Empire*. Die neue Weltordnung, Frankfurt/M.-New York 2002, 218, 403f. <sup>24</sup> Vgl. die Debatte hierüber bei Michael Jäger und Thomas Seibert, *Cyborgkommunismus – Maschinenfetisch oder Verheißung?*, in: *arranca* 43, 20–23.

«Grundrissen» eine metaphysische Definition wagen, und er meint sie ernst: «Das Kapital als solches setzt zwar nur einen bestimmten Mehrwert, weil es den unendlichen nicht at once setzen kann; aber es ist die beständige Bewegung, mehr davon zu schaffen.» (MEW 42, 253) Im Hauptwerk finden wir denselben Gedanken, dass es dem Kapital nicht um diesen oder jenen Mehrwert gehe, sondern alle Mehrwerte «denselben Beruf haben, sich dem Reichtum schlechthin durch Größenausdehnung anzunähern». Die Metaphysik des Kapitals wird von Marx immer wieder unterstrichen. Es ist «ein automatisches Subjekt», «eine prozessierende, sich selbst bewegende Substanz» (MEW 23, 166, 169). Es wächst und wächst! Es erinnert an den Besen des Zauberlehrlings bei Goethe. Das Problem ist nicht, dass es nach kurzfristigem statt langfristigem «Kalkül» wächst, sondern dass sein Wachstum einem Automatismus folgt, dem Kalküle überhaupt nichts anhaben und in den sie nicht eingreifen können; erfolgversprechend wäre einzig der Versuch, das Kapital und seine Logik im Ganzen abzuschaffen – das Einfache, das schwer zu machen ist.

Die Verfasser des Programmentwurfs focussieren den Wachstumszwang vielleicht deshalb nicht, weil ihre Vorstellung von der «Profitorientierung» des Kapitals nur bis zur Marxschen Formel  $G-W-G'$  reicht. Wenn das zutreffen sollte, würden sie den Irrtum jedenfalls mit vielen Marxisten teilen. Er entspringt oberflächlicher Lektüre.  $G'$  ist «Profit» im Marxschen Sinn nur dann, wenn sich  $G-W-G'$  in  $G'-W-G''$  und so weiter ins Unendliche fortsetzt. Sonst ist es schlichter «einzelner Gewinn». Gewinn zu machen wäre auch ein sozialistischer Betrieb eher aufgefördert, als dass er Verlust machen soll, denn auch im Sozialismus verschleudert man ökonomische Werte nicht, sondern sucht sie zu wahren und führt Buch darüber, wie Marx unterstreicht (MEW 25, 859). Isoliert genommen, kann man es  $G-W-G'$  gar nicht ansehen, ob eine unendlich wachsende, eine stationäre oder eine mal wachsende, mal nicht wachsende Ökonomie vorausgesetzt ist. Marx führt die Formel ja auch nicht ein, um diese Frage zu entscheiden. Vielmehr um zu zeigen, dass der Mehrwert von der Ausbeutung der Arbeitskraft statt vom Markt herührt. Eine Definition des Kapitals lässt sich daraus noch nicht gewinnen, denn Ausbeutung gab es auch in vorkapitalistischen Gesellschaften. Spezifisch fürs Kapital ist erst, dass es eine «automatisch» ins Unendliche strebende Bewegung ist.

Weshalb ist diese Bewegung ein Problem? Weil unsere Fähigkeit, die Dinge zu ordnen, nicht ebenso unendlich mitwächst. Früher oder später muss jede Ordnung von der unendlichen Bewegung, wenn man sie nicht stoppt, in Entropie überführt werden. Eben hierauf läuft Marx' Analyse hinaus: «Der Markt», lesen wir im Kapitel über den «tendenziellen Fall der Profitrate», muss «beständig ausgedehnt werden, so dass seine Zusammenhänge und die sie regelnden Bedingungen immer mehr die Gestalt eines von den Produzenten unabhängigen Naturgesetzes annehmen, immer unkontrollierbarer werden» (254f). Auf die Frage, wodurch der Zwang zur «beständigen Ausdehnung» hervorgerufen wird, antwortet er: Der Unternehmer, der einen Mehrwert erwirtschaftet habe, müsse ihn zum Kauf für etwas verwenden, weil er sonst gleichsam nicht wahr sei – Wert hörte auf, Wert zu sein, würde er in Geldform bloß gehortet –; nur teilweise werde er zum eignen Verbrauch verwendet, der andere Teil müsse

neu investiert werden. Die Neuinvestition führe zu neuem Mehrwert, der ebenfalls bewahrt werden müsse, und so immer weiter.

Keynes hat den Wachstumszwang übrigens ähnlich erklärt und gezeigt, wie der Kapitalist nicht nur nicht alles selbst verbrauchen, sondern auch das andere nicht restlos reinvestieren kann; es gibt systematische Gründe, die ihm zum Sparen veranlassen; diese Gründe nehmen so sehr zu, dass irgendwann ein Geldüberhang entsteht und dem «Kasinokapitalismus», der Ausdruck stammt von Keynes, Tür und Tor geöffnet ist.<sup>24</sup>

Man sollte meinen, dass solche keynesianischen und marxistischen Einsichten gerade von der Linken aufgegriffen würden. Sie würde dann nicht für langfristiges statt kurzfristiges Wachstum eintreten, sondern wäre die Kritikerin des Wachstumszwangs. Sie würde begreifen, dass der politische Prozess längst nicht mehr deshalb blockiert ist, weil erst noch die Frage, worin das «qualitative», das «gute statt schlechte» Wachstum bestünde, beantwortet werden müsste. Statt dieser Frage würde sie die ganz andere aufwerfen, wie man den Zwang zum Wachstum brechen kann. Sicher muss man auch herausfinden, was qualitativ gut ist. Wer es letztlich zu beurteilen hat, ist zwar nicht eine Partei, sondern die Gesellschaft. Parteien sind aber dazu da, «die Willensbildung» zu fördern. Sie sollen sich also durchaus Gedanken machen, auch gerade zum qualitativ Guten, und sie der Gesellschaft vorlegen. Das Problem liegt dennoch auf einer anderen Ebene: Der Wille der Gesellschaft zählt nicht, wo es um qualitative Ökonomie geht. Er wird bestenfalls in Umfragen ermittelt, nicht in Wahlen, deren Ergebnis umgesetzt werden müsste. Seit Jahrzehnten lehnt die deutsche Gesellschaft mehrheitlich Atomkraftwerke ab: Es hat kaum Konsequenzen. Deshalb habe ich oben anerkennend hervorgehoben, dass die Grünen die Wachstumsfrage mit der Demokratiefrage verbinden. An die Stelle des automatischen Subjekts Kapital, das unter allen Umständen wächst, weil es dazu gezwungen ist, müsste die Gesellschaft als demokratisches Subjekt treten, das entscheidet, wann und wo Wachstum stattfinden, ausbleiben oder rückgängig gemacht werden soll.

CLAUDIA VON BRAUNMÜHL

## DEMOKRATISCHE WEGE IN DIE POSTWACHSTUMS-GESELLSCHAFT

Wenn den Menschen der Um- und Rückbau der Wachstumsdynamik nicht als aufgezwungene Verzichtleistung begegnen soll, dann kann dies nur in umfänglicher Teilhabe und Mitsprache geschehen. Wir verfügen über eine Fülle von Beispielen kleinteiliger demokratischer Mit- und Selbstbestimmung, in denen Formen eines gleichberechtigten und ökologisch verantwortungsvollen Umgangs erprobt werden. Bislang allerdings haben wir noch wenig Antworten, wie Demokratie als weltgesellschaftliche Lebensform – und das wird sie letztendlich sein müssen –, aussehen kann. Die großen Debatten der 1990er Jahre um Strukturen einer globalen demokratischen Weltordnung oder kosmopolitischen Demokratie sind weitgehend verstummt. Heute ist es schon erfolgreiche Demokratisierung, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen zu den Beratungen multilateraler Akteure hinzugezogen werden. Private Public Partnerships und Private Governance gewinnen als Formen globalen Regierens an Akzeptanz.

Wegen der Eingebundenheit unserer Produktions- und Konsumweise in den Weltmarkt schlägt diese Privatisierung und Informalisierung politischer Entscheidungsprozesse bis auf die nationale und regionale Ebene durch. Die Selbstentmachtung nicht nur des deutschen Parlaments beim Management der Finanz- und Wirtschaftskrise und eine nicht funktionierende Daseinsvorsorge zeigen, wie dringend «Sachgesetzlichkeiten» der Definitionsgewalt der etablierten Akteure entzogen und öffentlicher Debatte und Entscheidung zugänglich gemacht werden müssen. Hinzu kommt eine nachlassende Bindekraft der Parteien. Die parlamentarische Repräsentation wird demokratischen Ansprüchen nicht mehr gerecht.

Versuche einer Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft müssen die Überwindung der zerstörerischen Wachstumsdynamik mit der Neu-Aneignung der politischen Entscheidungsfindung verbinden. Gesucht sind Formen für eine umfassende bürgerschaftliche Beteiligung, die über den parlamentarischen Prozess hinaus alle Bereiche der Wirt-

schafts- und Gesellschaftsorganisation einschließt. Anknüpfen lässt sich hierfür am in der internationalen Frauenbewegung entwickelten Konzept der *inclusive citizenship* (Kebeer 2005) und an den Entwurf einer demokratischen Deliberation nach Chantal Mouffe und Ernesto Laclau (1991).

*Inclusive citizenship*, in der deutschsprachigen Debatte mit gleichberechtigter Bürgerschaft übersetzt, umfasst nicht nur gesetzlich garantierte Gleichberechtigung, sondern auch die Bedingungen dafür, die zugesicherten Rechte erfolgreich in Anspruch zu nehmen. Ursprünglich aus den Erfahrungen der verheerenden Folgen neoliberaler Politik heraus formuliert, verbindet das Konzept ein in den Menschenrechten gründendes Verständnis von sozialer Gerechtigkeit mit der Forderung nach politischer Gestaltungsmacht, mit der der Raum für die Realisierung von Menschen- und Bürgerrechten überhaupt erst gewonnen werden kann. Staatliche, Markt- und zivilgesellschaftliche Akteure sind aufgefordert hierzu beizutragen. Das Konzept nimmt damit die Erfahrungen aus den Kämpfen der Marginalisierten und Ausgeschlossenen auf, denen, um eine Formulierung Hanna Arendts aufzunehmen, oft nichts anderes bleibt, als sich auf das «Recht, Rechte zu haben» zu berufen. Essenzielle politische Verfahrensregeln gleichberechtigter Bürgerschaft sind Transparenz, Rechenschaftslegung und Deliberation, also eine die verschiedenen Interessen abwägende Entscheidungsfindung. Sie sind von Gültigkeit auch und gerade dann, wenn sich noch keine konsolidierte institutionelle Form herausgebildet hat. Für die Vision von einer Postwachstumsgesellschaft und den Umgang mit den auf dem Weg dahin zu erwartenden Interessenkonflikten bietet der Entwurf einer demokratischen Deliberation von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau Anschlussstellen. Sie gehen von einer Logik des Politischen aus, in der Macht durch den Prozess gebändigt und mit demokratischen Werten vereinbar ist. Das Soziale und das Politische werden als diskursive Räume verstanden. In ihnen versuchen sich interessengebundene Deutungen als der Allgemeinheit dienlich zu installieren,



# LUXEMBURG 1

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2011

ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

## GERECHTE ÜBERGÄNGE

Wachstumskritik | Ökokrise | Chinas Green New Deal | Schrumpf oder stirb? sozialökologischer Umbau | Energiesystemwechsel | Eine Million Klima-Jobs | u.v.m.

Mit Beiträgen von: Leida Rijnhout | Eduardo Gudynas | John Bellamy | Foster Alberto Acosta | Nicola Bullard | Amit Bhaduri | Ho-fung Hung | Angelika Zahrnt Irmid Seidl | Hermann Scheer | Wolfgang Rhode | Dieter Klein | u. a.

LUXEMBURG 1/2011

März 2010, 160 Seiten, VSA Verlag, 10 Euro, ISBN 978-3-89965-856-9

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, [www.zeitschrift-luxemburg.de](http://www.zeitschrift-luxemburg.de)

werden über die gesellschaftliche Wirklichkeit aber immer wieder folgenreich in Frage gestellt. Hierfür setzen Mouffe und Laclau auf die Vielfalt und Aktionskraft von sozialen Bewegungen. Im andauerndem Kampf um Definitionshoheit, Sinnstiftung und Hegemonie muss die Gesellschaft sich mit den eingebrachten Ansprüchen auseinandersetzen. Genau darin liegen die vorwärtstreibenden Momente, ohne welche eine emanzipatorische Strategie der Befreiung vom Wachstumszwang nicht denkbar ist (Laclau/Mouffe 1991).

Die gegenwärtig praktizierten Formen von bürgerschaftlicher Beteiligung erfüllen das Ideal demokratischer Entscheidungsfindung nur sehr eingeschränkt. Zwar sind in den letzten Jahrzehnten – auch in Reaktion auf die als intransparent und widersinnig empfundenen Ergebnisse parlamentarischer Prozesse – Modelle direkt-demokratischer Entscheidungsprozesse ausprobiert worden. Es wird von einem Trend zur Bürgerkommune gesprochen.<sup>25</sup> Allerdings ist dieser Trend mit der im Kern wenig demokratischen Einladung verbunden, sich in den durch die Umverteilung von unten nach oben verengten und verarmten öffentlichen Räumen – ehrenamtlich, versteht sich – nützlich zu machen. Gleichwohl lohnt es sich, die einzelnen Partizipationsangebote daraufhin zu prüfen, ob mit ihnen Einfluss auf die Steuerung des Wirtschaftsprozesses zu gewinnen ist und Impulse zur Minderung des Wachstumszwangs gesetzt werden können.

LUTZ BRANGSCH

## WAS HEISST WACHSTUM VON EMANZIPATION? ERFAHRUNG AUS DER DDR

Der Begriff Wachstum war und ist eine Chiffre mit einer Vielzahl von Bestimmungen. Zu unterschiedlichen Zeiten unter unterschiedlichen Bedingungen wird die Frage danach «WAS» eigentlich wächst bzw. wachsen sollte unterschiedlich beantwortet. Das Problem von Wachstumsdiskussionen liegt immer darin, dass die Beteiligten ausgehend von ihren spezifischen Interessen auch ihr eigenes Verständnis von Wachstum haben. Selten werden diese Vorannahmen offen ausgesprochen. So ist der Begriff des Wachstums selbst primär ein ideologischer Begriff, ein Begriff der zu vor allem ideologisch motivierten Vereinfachungen und Verengungen neigt. Das macht die Diskussion kompliziert. Hinter der Fassade des Wachstums steht eine bestimmte Art und Weise der Wechselwirkung der Interessen der Gesellschaft, der Unternehmen, der verschiedenen sozialen Gruppen. Referenz der gegenwärtigen Wachstumsdiskussionen ist dementsprechend die Kritik der Art und Weise der Entfaltung des Kapitalverhältnisses als herrschendes gesellschaftliches Verhältnis. Im Folgenden soll diskutiert werden, wie das Konzept von Wachstum unter anderen gesellschaftlichen Verhältnissen, im Realsozialismus, diskutiert wurde. Dieser geschichtliche Rückblick bestätigt, dass sich hinter Wachstumsdiskussionen eine Vielzahl von Widersprüchen und Problemen verbirgt, die auch tief in die Lebensweise eingreifen und damit natürlich auch neue Widersprüche, Zwänge und Auseinandersetzungen hervorbringt. Zweifelsfrei war eine der Bedeutungen des Begriffes Wachstum im Realsozialis-

Mit ökonomisch-technischen Skizzen eines weniger wachstumsabhängigen Wirtschaftspfadens ist es nicht getan. Vielmehr muss dessen demokratische Gestaltung integral mitgedacht sein. Beides setzt die Einbettung in die Vision einer vom Wachstumszwang befreiten, gerechten Gesellschaft voraus. Erste Ansätze lassen sich in den Debatten über das gute Leben<sup>26</sup>, Suffizienz und eine solidarische Ökonomie ausmachen. Bürgerschaftliche Beteiligung ist mit Gerechtigkeit zu verbinden – einer Gerechtigkeit, die Verteilung, Anerkennung und Mitsprache einschließt. Staatliche, Markt- und zivilgesellschaftliche Akteure müssen hierfür demokratisiert und es müssen neue, gerechte Teilhabe sichernde Institutionen geschaffen werden. Hieran schließen die zu Unrecht vergessenen Mitbestimmungsdebatten und die mit Mitbestimmungsstrukturen in Unternehmen und Betrieben gemachten Erfahrungen ebenso an wie die Erfahrungen in Genossenschaften oder anderen Formen solidarischer Ökonomie.

### LITERATUR

KABEER, Naila (Hg.), 2005: *Inclusive Citizenship. Meanings and Expressions*, London

LACLAU, Ernesto, Chantal Mouffe, 1991: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien

mus die Schaffung von Bedingungen menschlicher Emanzipation – aber das war eben nur eine unter vielen.

Die Diskussionen um das Wachstum im Realsozialismus waren dadurch geprägt, dass Theorie und Praxis, Erkenntnis, wirtschaftspolitische Umsetzung (oder Nicht-Umsetzung) und politische Konsequenzen unmittelbar miteinander verbunden waren. Das war auch das Problem, mit dem sich nach dem Ende des Kriegskommunismus Sowjetrußland auseinanderzusetzen hatte. Hier waren die Zwänge noch elementar – es ging tatsächlich um Wachstum im Sinne von «Mehr» – mehr Nahrungsmittel, mehr Maschinen, mehr Kleidung, mehr Traktoren usw. Die wirtschaftlichen Krisen der 1920er Jahre in der Sowjetunion hatten gezeigt, dass Entwicklung die Beherrschung verschiedenster miteinander verflochtener Prozesse und Interessen erfordert. Einer der, wenn nicht der erste sowjetische Wachstumstheoretiker Grigori A. Feldman betrachtete als Ziel sozialistischer Wachstumstheorie «das mögliche Niveau und Wachstum der Konsumtion der Bevölkerung in Abhängigkeit von der Struktur der Volkswirtschaft zu bestimmen» (1928/1969, 26). Anknüpfend an die marxischen Reproduktionsschemata versuchte Feldman, die Bedingungen der Einheit von Dynamik der Volkswirtschaft und Wachstum unter dem Gesichtspunkt

<sup>25</sup> Redaktion: vgl. WECK, Felicitas, 2010: Die Bürgerkommune im Spannungsfeld von repräsentativer und direkter Demokratie, in: *Luxemburg*, 4, 60–65. <sup>26</sup> Redaktion: vgl. LARREA, Ana María, 2010: «Buen vivir» als gegenhegemonialer Prozess, in: *Luxemburg*, H. 2, 62–73.

eines sich in den Normen der 1920er Jahre bewegendes Verständnis von Wohlstand für die Massen zu verstehen und zu gestalten. Dabei stand für ihn das Wachstum der Konsumtion (der individuellen Konsumtion, vermittelt über die (Arbeits) Einkommen, und der sozialen Infrastruktur) im Vordergrund. Feldman übernahm die Annahme des Zusammenfallens von materiellem Wachstum, Entwicklung, Fortschritt und Emanzipation. Für ihn handelte es sich um funktionale, mathematisch zwangsläufige Beziehungen zwischen bestimmten ökonomischen Größen (102). Dementsprechend kam er zu Wachstumszielen, die er aus (weitgehend linearer) Fortschreibung bekannter Wachstumsreihen ableitete, jenseits der Betrachtung von Ressourcen und Qualitäten oder Brüchen in der technologischen Entwicklung bzw. veränderten Bedürfnissen.

Die Umsetzung qualitativer gesellschaftlicher Ziele in quantitative Kennziffern wurde zu einem permanenten Problem der Planung. So schrieb Ottomar Kratsch 1968 in dem Vorwort zu der damals wieder veröffentlichten Arbeit Feldmans: «Der Prozess der volkswirtschaftlichen Planung ist ein zutiefst schöpferischer und mobilisierender Prozess, an dem alle Werktätigen in ihrer Doppelfunktion als sozialistische Eigentümer und Produzenten beteiligt sind. Alle diese vielfältigen Aktivitäten münden über den Betriebsplan, über den Plan des Zweiges und der Territorialeinheit usw. ein in den volkswirtschaftlichen Gesamtplan. In diesem soll die optimale Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlichen und den individuellen Interessen, zwischen dem Ziel und den gegebenen Ressourcen, zwischen Produktion und Bedarf, zwischen kurzfristigen und langfristigen Zielstellungen usw. ständig erneut hergestellt werden.» (1969, 18) Was hier als Gegebenheit beschrieben wird, war allerdings die Herausforderung.<sup>27</sup> Um die Herstellung dieser Einheit bewegten sich alle Reformversuche bis zum Ende des Realsozialismus. Wachstumstheoretische Vorstellungen warfen immer wieder die Frage nach der Art und Weise der Reproduktion einer betont nicht-kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft auf – wie die Frage nach der Reproduktion dieser Gesellschaft immer wieder das Problem von Tempo und Struktur der gewünschten und erwarteten Entwicklungs- und Veränderungsprozesse in der Gesellschaft mit sich brachte. Das Zusammenspiel von Wachstums- und Reproduktionstheorie forderte immer wieder dazu heraus, die Stellung der Interessen der Betriebe und Belegschaften zu bestimmen. Damit berührten sie Machtfragen.

So schrieb der Leiter des Ökonomischen Forschungsinstituts der Staatlichen Plankommission Horst Steeger:

«Das Wirtschaftswachstum vollzieht sich unter veränderten Reproduktionsbedingungen. Sie beziehen sich auf im Unterschied zu zurückliegenden Planperioden auf sämtliche Ressourcen, die Energie und Rohstoffe, das Arbeitsvermögen und die Akkumulation, verbunden mit hohen Aufgaben in der Außenwirtschaft. Dementsprechend ist das Wachstumskonzept des Fünfjahrplanes 1981 bis 1985 primär auf das qualitative Wachstum gerichtet und gründet sich auf die durchgreifende Verbesserung der Qualität und Effektivität der Arbeit in allen Bereichen ... Der Zuwachs an Nationaleinkommen muss im Wesentlichen mit gleichem Energie- und Rohstoffaufkommen erfolgen. Zugleich wird es einschneidende Veränderungen in der Struktur unserer Primärenergiebasis geben, indem wir uns konsequent auf unseren einheimischen

Primärenergieträger Braunkohle und auf die Kernenergie orientieren.» (1982, 10)

Zum Weg dorthin heißt es lapidar: «Zum demokratischen Zentralismus in der sozialistischen Wirtschaftsleitung und Planung gibt es keine gangbare Alternative. Deshalb bedeuten Konzeptionen für die «Selbstverwaltung» der Betriebe ... ein Abgehen von den allgemeingültigen Prinzipien und Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Planwirtschaft.» (13) Die formulierten Zielstellungen und auch die Wege (also höhere Effektivität) waren nicht verkehrt – nur ging das Wachstumskonzept eben von einem an sich abstrakten, quantitativen Ziel aus, der Erhöhung eines Kennziffernausdrucks. Die mit der Nutzung von Rohbraunkohle und Kernenergie verbundenen Probleme wurden übergangen. In dem von Steeger referierten Wachstumskonzept haben die Menschen letztlich keine aktive, gestaltende Funktion. Sie haben ausführende, realisierende Funktion. Die ja tatsächlich auch bestehende Initiative der Beschäftigten blieb im Endeffekt dem Wachstumskonzept und dem dieses Konzept realisierenden Planungsprozess äußerlich – es bestand in der Praxis keine funktionierende Vermittlung zwischen Ziel, Inhalt und Instrumenten des Wachstums.

Eine demgegenüber weitreichende Problematisierung des Zusammenhangs von Entwicklungswegen und Entwicklungsweise der sozialistischen Wirtschaft findet sich demgegenüber im Jahrbuch für Politische Ökonomie des Jahres 1986. Hier entwickelte Wolfgang Heinrichs (1986, 10ff), damals Direktor des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften die Widersprüchlichkeit der Wachstumsauffassungen und einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik. Er leitet die Herausforderungen an das Verständnis des Wachstums in einer sozialistischen Wirtschaft aus der spezifischen Reproduktionsweise nichtkapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse ab. In diesem Zusammenhang problematisiert er selbstkritisch das Fehlen von «Untersuchungen über die sozialökonomische Formbestimmtheit der Wechselbeziehungen von Gesellschaft und Natur und ihrer Reproduktion». Er schreibt weiter, dass einer Gründe dafür «die weit verbreitete Vorstellung marxistischer Gesellschaftswissenschaftler, darunter vieler Ökonomen, von den nahezu unbegrenzten Reichtum natürlicher Vorkommen, von der unerschöpflichen Reproduzierbarkeit natürlicher Ressourcen» (17f). Er kommt zu dem Schluss, «ökonomisches Wachstum und auf dessen Grundlage die Vervollkommnung der materiell-technischen Basis sowie die immer bessere Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse müssen sowohl mit einer Wiederherstellung der natürlichen Selbsterneuerungspotenziale (besonders Luft, Wasser, Boden), ... als auch damit einhergehen, dass ein weiterer störender Eingriff in das Natursystem vermieden wird. Das sind wichtige Erfordernisse der Zielrealisierung der sozialistischen Reproduktion» (19). Dabei stützt er sich unter anderem auf Marx, der die Einheit materieller und sozialer, gebrauchswertmäßiger und wertmäßiger Reproduktion, mithin auch ökonomischer und gesellschaftlicher Reproduktion als Einheit betrachtete (MEW 25, 826).

Über verschiedene Kombinationen von Kennziffern wurde versucht, derartige Erwirtschaftungsbedingungen zu gestalten

<sup>27</sup> Weiter zu den Diskussionen der 1960er Jahre in der DDR: Krause, Günter: Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg 1998, 185ff.

ten. Der Begriff des qualitativen Wachstums, das auf Veredelung, Nutzung modernster Technologien und Erschließung aller Quellen der Produktivität der lebendigen Arbeit sowie der Materialeinsparung gerichtet sein sollte, sollte auch ein stabiles hohes Lebensniveau, eine kulturvolle Lebensweise, sichere Arbeitsplätze usw. bei sinkendem Einsatz natürlicher Ressourcen einschließen. Unternehmen und Beschäftigte verhielten sich aber anders, als die Kennziffern aus der Sicht von Wissenschaft und Politik dies nahelegten. Es zeigte sich immer wieder, dass sie ihr Handeln von sich aus keinesfalls ohne weiteres an gesellschaftlichen Zielstellungen orientieren können. In dem von Kratsch skizzierten Sinne wäre die Aufgabe der staatlichen Planung und Leitung gewesen, diese Vermittlung zu organisieren. Tatsächlich trat das Gegenteil ein. Durch Interventionen der verschiedenen Ebenen staatlicher Leitung und von Parteileitungen – von der lokalen Ebene beginnend – wurden Zielstellungen gegenüber den Unternehmen «modifiziert» – um den Werktätigen Jahresendprämien, Zuführungen zu sozialpolitisch und kulturell wirksamen Fonds der Betriebe usw. zu gewährleisten.

Die Lösung wurde vor allem in Veränderungen der Kennziffernsysteme gesehen. Das öffentliche, tendenziell deliberative Moment der Planung, die Plandiskussion, hatte praktisch nur marginale Bedeutung. Expansion, Umgestaltung und Kontraktion der Kennziffernsysteme fanden als Planungsinstrumente kein Gegenstück und Korrektiv in der Gestaltung von öffentlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen zur Lebens- und Produktionsweise überhaupt. Tatsächlich reduzierte sich damit das praktisch wirksame gesellschaftliche

Entwicklungsverständnis auf das Wachstum des Nationaleinkommens und damit auf eine quantitativ ökonomistische Dimension. Wachstum wurde zum ideologischen Selbstzweck. Versteht man das Ziel einer sozialistischen Ökonomie als Schaffung von Bedingungen von Emanzipation wird klar, dass Emanzipation dem Prozess der Formierung von Entwicklungsvorstellungen zu Produktion und Lebensweise nicht äußerlich sein kann. Das wiederum kollidierte mit dem Modell der Avantgardepartei – aber auch mit der heute dominierenden repräsentativen Organisationsweise linker Parteien und sozialer Bewegungen. Das bewusste Gestalten von Emanzipationsprozessen erfordert eine Umkehrung bisheriger Logik – Deliberation muss Kennziffern, Bilanzen, Modelle usw. nutzen – nicht umgekehrt. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, Wachstum als qualitative und quantitative Einheit zu dechiffrieren. Das bedeutet aber, der Gestaltung des Prozesses des Messens das Primat gegenüber den Erwägungen über Kennziffernausdrücke zu geben. Messen ist der Prozess, in dem Interessenwidersprüche sichtbar und ausgetragen werden. Die Frage Wachstum oder Nicht-Wachstum ist dem gegenüber sekundär.

#### LITERATUR

- FELDMAN, Grigori A., 1928: Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens, Berlin 1969
- HEINRICHS, Wolfgang, 1982: Umfassende Intensivierung – eine qualitativ neue Etappe in der Verwirklichung der ökonomischen Strategie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, in: Jahrbuch für Politische Ökonomie 1986. Ökonomisches Wachstum, Bedingungen, Tendenzen und Probleme in den 80er und 90er Jahren, Berlin 1986, 10–37
- KRATSCH, Ottomar: Vorwort des Hg.; in: G. A. Feldman, Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens, Berlin 1969, S. 5–19
- STEEGER, Horst, 1982: Das Wachstums- und Effektivitätskonzept des Fünfjahrplanes 1981 bis 1985 und die weitere Vervollkommnung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, in: Leistung, Wachstum, Effektivität im Kombinat und Betrieb. 40 Beiträge aus Theorie und Praxis sozialistischer Betriebswirtschaft, Berlin 1982, S. 9–15

Tom Strohschneider ist Redakteur und blogger bei der Wochenzeitung Der Freitag.

Michael Jäger ist Redakteur der Wochenzeitung Der Freitag. Claudia von Braunmühl ist Honorarprofessorin für Internationale Beziehungen im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin.

Lutz Brangsch ist Ökonom und arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS.

#### IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
 Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze  
 Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127  
 Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

#### REIHE 21 DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Stephan Kaufmann, Tazio Müller

### GRÜNER KAPITALISMUS. KRISE, KLIMAWANDEL UND KEIN ENDE DES WACHSTUMS

Mit einem Beitrag von Victor Wallis zur Agenda  
 des grünen Kapitalismus in den USA



272 Seiten  
 Klappenbroschur  
 Karl Dietz Verlag Berlin 2009  
 19,90 Euro  
 ISBN 978-3-320-02211-2

Bestellungen über

- **Buchhandel**
- **Karl Dietz Verlag Berlin**  
 Fax 030 297845-36, info@dietzberlin.de
- **Rosa-Luxemburg-Stiftung**  
 Tel. 030 44310-123, info@rosalux.de

## STANDPUNKTE 2011

- 1/2011  
JÖRN SCHÜTRUMPF  
Rosa Luxemburg oder: die Freiheit der Andersdenkenden
- 2/2011  
JOCHEN WEICHOLD  
Der Höhenflug der Grünen –  
eine Herausforderung für DIE LINKE?
- 3/2011  
AXEL TROOST  
Quo vadis Finanzreform?  
Die Vorhaben zur Regulierung der internationalen  
Finanzmärkte und was daraus geworden ist
- 4/2011  
MICHAELA KLINGBERG  
Der Sockel des Kaisers muss es sein
- 5/2011  
ROLF GÖSSNER  
Im Geist des Kalten Krieges –  
im Namen der «streitbaren Demokratie»  
Bundesverwaltungsgericht: Verfassungsschutz-  
Beobachtung Bodo Ramelow's (MdB) und  
der Linkspartei ist rechtmäßig
- 6/2011  
FRIEDRICH BURSCHEL  
Geld gegen Gesinnung. Bundesförderung gegen alle  
möglichen «Extremismen» gibt es künftig nur noch nach  
einem ideologischen Kotau
- 7/2011  
SARAH SCHULZ  
Vom Werden der fdGO. Das SRP-Verbotsurteil von 1952
- 8/2011  
ALEXANDRA MANSKE  
Die «Neu-Erfindung» der Arbeitsgesellschaft  
Erosion und Beharrung in den Geschlechterverhältnissen
- 9/2011  
HANS THIE  
EXIT statt EXITUS  
Das rote Projekt für den grünen Umbau in 16 Leitsätzen
- 10/2011  
MICHAEL BRIE  
Rosa Luxemburg's Symphonie zur russischen Revolution
- 11/2011  
ULRICH BUSCH  
Perspektiven der deutsch-deutschen Konvergenz bis 2020
- 12/2011  
MARCUS HAWEL  
Politische Bildungsarbeit zu Konfliktzonen  
Anregungen zur Schaffung emanzipatorischer Räume
- 13/2011  
JENS ZIMMERMANN UND REGINA WAMPER  
Völkisch und sozial?  
Neonazistische Agitation gegen die neue EU-Freizügigkeit  
für Arbeitnehmer\_innen
- 14/2011  
WALTER RÖSLER  
Eigentum – eine Grundfrage der sozialistischen Bewegung
- 15/2011  
Energiekämpfe I: Vielfalt in Bewegung
- 16/2011  
DIETER KLEIN  
Kein Wachstum – der schwierige Fortschritt  
künftiger Transformation